

16.12.2024

Mach dich stark für gerechte Verteilung

Das kann ich meinem Gegenüber in 1 Minute erzählen

Lisa und Ahmet (11 Jahre) gehen auf eine Gesamtschule im Ruhrgebiet. Beide sind gute Schüler*innen und gehen gerne zur Schule. Allerdings stört es sie, dass das Schulgebäude in einem schlechten Zustand ist. Die Toilette sind seit Jahren nicht renoviert worden, außerdem fallen viele Stunden aus, weil Lehrer*innen fehlen. Lisa und Ahmet wünschen sich von der Politik, dass Schulen mehr Geld bekommen und renoviert werden, damit sie und ihre Freund*innen einen guten Ort haben, um zu lernen.

Einkommen, Vermögen und die Chancen auf ein unbeschwertes Leben sind in Deutschland sehr ungerecht verteilt: Auf der einen Seite gibt es eine steigende Zahl an Milliardären, deren Vermögen immer unfassbarere Dimensionen erreicht. Auf der anderen Seite wächst der Anteil derer, die in Armut leben und der Staat hat nicht mehr genug Geld, um wirklich gute öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur bereitzustellen.

Ohne Gegenmaßnahmen verschlechtert sich die Situation: Vermögen werden in kleinen Kreisen weitervererbt. Wer viel besitzt, erzielt ohne zu arbeiten zusätzlich Einkommen aus Aktien-Dividenden, Zinsen und Mieteinnahmen. Gering- und Normalverdienende müssen hingegen immer mehr für steigende Wohnkosten ausgeben und können kaum Vermögen aufbauen. Sie leiden besonders, wenn der Staat Angebote kürzt. Denn nur wer einen eigenen Swimmingpool zuhause hat, kann auf das öffentliche Schwimmbad verzichten.

Die Einkommens- und Vermögensungleichheit kann und muss bekämpft werden: Mit höheren Löhnen durch mehr Tarifverträge und mit einem

gerechteren Steuersystem. Die Beschäftigten tragen über die Lohnsteuer und beim Einkaufen über die Mehrwertsteuer das allermeiste zum Steueraufkommen bei. Unternehmensgewinne werden weniger besteuert und Vermögen kaum noch. Der DGB fordert deshalb eine Reform der Einkommensteuer, die 95 Prozent der Haushalte entlastet. Wirkliche Spitzenverdienende, profitable Unternehmen und vermögende Superreiche sollen dafür mehr zum Gemeinwesen beitragen.

Wir haben die besseren Argumente

Hohe Ungleichheit bei Vermögen: Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung besitzen hierzulande mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens (also Aktien, Immobilien, Bankkonten, Autos usw.), während die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen genommen nur rund 2,3 Prozent des Vermögens hält.

Einkommen auch ungleich verteilt: Zwar liegt Deutschland bei der Einkommensverteilung im europäischen Mittelfeld. In Nachbarländern, wie den Niederlanden, Polen, Österreich und den skandinavischen Ländern sind die laufenden Einkommen aber gerechter verteilt.

Die große Ungleichheit ist nicht zu rechtfertigen: Reich zu sein hat in Deutschland wenig mit Leistung zu tun. Ein Großteil des Vermögens der Superreichen wird vererbt. Dem gegenüber stehen 70 Prozent der Bevölkerung, die gar nichts erben. Besonders problematisch: Vor allem reiche Unternehmenserben müssen oft keine Erbschaftsteuer zahlen.

Vermögenskonzentration ist schädlich: Milliardäre haben viel mehr Geld, als sie jemals sinnvoll

ausgeben können, spekulieren damit an Finanzmärkten und verschaffen sich undemokratisch Macht und Einfluss. Gleichzeitig fehlt das Geld an anderer Stelle – bei vielen Beschäftigten und Familien, aber auch beim Staat: Die öffentliche Hand muss in den kommenden Jahren massiv investieren – in Bildung, besseren Nahverkehr, Infrastruktur, wirtschaftliche Modernisierung und vieles mehr. Dabei geht es auch um zusätzliche laufende Ausgaben für mehr Personal mit guten Arbeitsbedingungen und einen starken Sozialstaat.

Das DGB-Steuerkonzept schafft gerechtere Einkommen: Der DGB schlägt konkrete Änderungen bei der Einkommensteuer vor: Der Grundfreibetrag bis zu dem keine Steuer anfällt muss 2025 auf 15.100 Euro steigen, der steile Anstieg des Tarifs bei darüberliegenden Einkommen muss abgeflacht werden. Der Spitzensteuersatz soll auf 49 Prozent steigen aber erst ab 87.000 Euro gelten, der Reichensteuersatz von 52 Prozent ab 140.000 Euro. Statt hohem Kinderfreibetrag für wenige braucht es ein höheres Kindergeld für alle. Ökonomen haben berechnet: 95 Prozent der Haushalte würden so entlastet und hätten mehr Netto.

Das DGB-Steuerkonzept nimmt Top-Vermögen und Renditen in die Pflicht: Der DGB fordert die Wiedererhebung der Vermögensteuer für jeden Euro oberhalb eines Netto-Vermögens von einer Million Euro. Der Steuersatz beträgt zunächst ein Prozent, steigt dann und erreicht ab einer Milliarde Euro zwei Prozent. Außerdem sollen die Ausnahmen für Unternehmensvermögen bei der Erbschaftsteuer abgeschafft werden. Sie spülen reichen Unternehmenserben bislang jedes Jahr mehrere Milliarden Euro ins Portemonnaie. Kapitaleinkünfte sollen nicht geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen. Die Körperschaftsteuer auf Unternehmensgewinne soll mittelfristig auf 25 Prozent angehoben, eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Außerdem braucht es eine konsequente Bekämpfung von Steuerflucht. Ökonom*innen haben berechnet: Diese und andere Maßnahmen im DGB-Steuerkonzept brächten Bund, Ländern und Kommunen jedes Jahr Mehreinnahmen von mehr als 60 Milliarden Euro.

Das kann ich sagen, um Mythen zu widerlegen

„Deutschland hat bereits viel zu hohe Steuern“

Deutschland liegt beim Vergleich der Steuer- und Abgabenquoten der OECD-Industrieländer im Mittelfeld. Zu hoch sind die Steuern hierzulande allenfalls für viele gering- und normalverdienende Beschäftigte. Vor allem in den 2000er Jahren haben bereits massive Steuerentlastungen stattgefunden, von denen in erster Linie Topp-Verdienende und Vermögende profitiert haben. Ein Vergleich von einfachen nominalen Steuersätzen sagt oft wenig aus – etwa, weil vielerlei Abzugsmöglichkeiten bestehen. Grundsätzlich gilt: Gerade wer wenig oder durchschnittlich verdient, ist auf funktionierende, auskömmlich finanzierte staatliche Angebote angewiesen.

„Aber der Staat erzielt doch ständig Rekord-Steuereinnahmen“

Über die Jahre wächst die Wirtschaftsleistung, also der Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen. Auch die Preise steigen. Ein Euro von heute ist deutlich weniger Wert als es ein Euro im Jahr 2015 noch war. Ob die Steuereinnahmen in absoluten Euro-Beträgen nominal steigen, sagt also überhaupt nichts über das Ausmaß der Besteuerung aus. Um die Entwicklung der Steuereinnahmen im Zeitverlauf zu beurteilen, müssen sie ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung gesetzt werden. Dabei zeigt sich keine nennenswerte Entwicklung.

„Reiche zahlen heute schon die meisten Steuern“

Eigentlich sollte es so sein, dass gerecht „nach Leistungsfähigkeit“ besteuert wird, starke Schultern also eine angemessene Steuerlast tragen. Doch dieses Prinzip funktioniert nicht mehr richtig. Sozialbeiträge belasten Superreiche kaum, Kapitalerträge werden wenig besteuert und Topp-Verdienende können von zahlreichen Steuerprivilegien und -tricks profitieren. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit hat berechnet, dass ein Muster-Millionär mit einem Einkommen von 1,6 Millionen Euro eine Steuer- und Abgabenquote von nur 24 Prozent hat, während ein Durchschnitts-Ehepaar, das

zusammen 110.000 Euro verdient mit einer Steuer- und Abgabenquote von 43 Prozent rechnen muss.

„Wenn die Steuern für Unternehmen und Reiche erhöht werden, gehen sie ins Ausland“

Das Vermögen von Superreichen besteht zumeist aus Firmen und Immobilien, die im Lande bleiben. Da ist es egal, wo die Eigentümer ihren ersten Wohnsitz anmelden. Zudem gibt es heute schon das Instrument der Wegzugsbesteuerung, das man auch bei einer Wiedererhebung der Vermögensteuer anwenden kann. Und letztendlich hängt es vom politischen Willen ab, ob weitere Steuerschlupflöcher geschlossen werden oder nicht. Unternehmen investieren ohnehin in der Regel nicht wegen niedrigerer Steuern im Ausland, sondern weil es in Deutschland zu wenig Nachfrage, also keinen Absatzmarkt, oder schlechte Rahmenbedingungen bei der Infrastruktur gibt. Auch, dass Unternehmen aufgrund einer Erbschaftssteuer nicht weitergeführt werden, ist unrealistisch. Wo so etwas glaubhaft droht, sieht das DGB-Steuerkonzept ohnehin die Möglichkeit von Stundungsregeln vor.

„Steuersenkungen für Unternehmen schaffen Investitionen“

Unternehmen investieren nicht, wenn sie weniger Steuern zahlen müssen, sondern wenn sie lukrative Absatzmärkte sehen. Seit den 1990er Jahren wurden die Unternehmenssteuern in Deutschland in mehreren Schritten deutlich gesenkt. Die Unternehmensinvestitionen stiegen dadurch nicht. Im Gegenteil: Der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt sank in der Folgezeit deutlich.

„Die Vermögensteuer ist kompliziert und teuer zu erheben“

Bis Mitte der 1996 wurde die Vermögensteuer ohne großen Aufwand erhoben. Auch die realistische Bewertung von Immobilienvermögen stellt heute kein großes Problem mehr dar. Mittlerweile gibt es bewährte Verfahren, um die Höhe der Vermögenswerte zu erheben. Das reformierte Bewertungsgesetz bietet dafür eine gute Grundlage. Die Vermögensteuer, wie sie der DGB vorschlägt, würde dem Staat bei weitem mehr Einnahmen bringen, als die Erhebung kostet.